

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

20.4.1925 (No. 91)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erpedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Postkontofonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. n. o.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Bestellungen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnungswesen, z. B. bei den Zeitungs- und Buchhandlungen, ist der Rabatt fest. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in Lieferantens Betrieben, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

Der Arbeitsmarkt hat sich in der Zeit vom 2. bis 15. April im ganzen weiterhin gebessert. Kammen am 1. April auf 100 offene Stellen 660,8 Arbeitsgesuche, so betrug die entsprechende Ziffer am 15. April 557. Auch die Erwerbslosenziffer hat (um 1681) abgenommen, sie belief sich am 15. April auf 16 293.

In der Landwirtschaft war die Nachfrage nach Pächtern und Wägden gut. Auch Gärtner wurden in vermehrter Zahl angefordert, besonders in Mannheim, wo sich die Vorbereitungsarbeiten für die Gartenbauausstellung in Ludwigshafen durch Nachfrage nach Kräften stark fühlbar machten.

Auch der Arbeitsmarkt in der Ziegeleiindustrie wies eine vermehrte Inanspruchnahme auf und in der Schwarzwälder Granitsteinindustrie machte sich Mangel an Stoßern fühlbar.

In der Metall- und Maschinenindustrie hielt der starke Bedarf an Formern, Kernmachern und Gießern (namentlich in Singen a. S.) weiterhin an. In Rastatt war auch stärkere Nachfrage nach Mechanikern. In der Porzellan- und Schmelzwarenindustrie ergaben sich in der Berichtszeit keine Änderungen.

In der chemischen Industrie am Oberrhein mangelte es an Fabrikarbeitern, wie auch in der unterbadischen Gummitabrikation weitere Einstellungen vorgenommen werden konnten.

Günstig ist die Lage in der Textilindustrie des Wiesentals geblieben, hingegen mußten in zwei Säckinger Seidenbandfabriken etwa 100 Hausweber(-innen) ausgesen. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe ist der Arbeitsmarkt im allgemeinen recht gut; die Aussperrung in der Wiesentaler Birkenindustrie ist nach 5wöchiger Dauer beendet worden.

Im Nahrungsmittelgewerbe bleibt der Arbeitsmarkt günstig für Bäcker, Metzger dagegen wurden nur vereinzelt angefordert. In der Zuckerraffination kam es infolge Beendigung der Zuckerkampagne zur Entlassung von zirka 250 Arbeitern. Der Arbeitsmarkt der Tabakindustrie ist schlecht geblieben, hat sich örtlich sogar noch etwas verschlechtert.

Hingegen hielt die günstige Arbeitsmarktlage im Schneiderberuf unvermindert an.

Das Baugewerbe ist ganz besonders im Oberland flott beschäftigt. Es mangelt an Sacharbeitern, vornehmlich an Maurern.

Ebenso herrschte starker Bedarf im Vielfältigungsgewerbe.

Im Fremdenverkehr konnte die Nachfrage nach männlichem und weiblichem Kochpersonal nicht gedeckt werden.

Das Attentat in Sofia

Der Matin meldet aus Sofia, die Sicherheitspolizei habe die Urheber des Attentats auf die Kathedrale entdeckt und zwar in der Person des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des kommunistischen Zentralkomitees in Sofia, Santoff und Winkoff. Letzterer, ehemaliger Kominternoffizier, soll die Kollisionsmaschine am Tage des Verbrechens auf dem Dach der Kirche angebracht haben. Die Entdeckung von Dokumenten beweise, daß das Attentat auf die Kommunisten zurückzuführen sei. In einem dieser Schriftstücke heißt es, diejenigen, die von Menschlichkeit und Mitleid sprächen, seien Toren. Es sei unerlässlich, selbst Frauen und Kinder zu töten, um den Sieg des Proletariats zu gewährleisten. Gegenwärtig befänden sich alle Führer der kommunistischen Bewegung hinter Schloß und Riegel. Die Zahl der Todesopfer hat sich auf 180 erhöht. Unter den Getöteten befinden sich auch General Statareff, der vielen deutschen Redakteuren wohlbekannte kommandierende General der mazedonischen Freiwilligen in der Belasika Planina. Ferner befanden sich unter den Opfern ein Bürgermeister und Präfekt des Departements Sofia, ein Polizeipräsident und ein Unterpräfekt, 4 Angeordnete, 13 Generale, sowie 8 Obersten und 9 andere Offiziere, 2 Adolanten und 4 Sekretäre von Ministern.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ist von seinem Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Berlin zurückgekehrt und hat die Dienstgeschäfte wieder übernommen.

Neue Schiffshebungen in Scapa Flow. In Scapa Flow wurden 9 deutsche Schiffe und Zerstörer S 36 gehoben. Ein Schiff lag auf der Seite und mußte vor der Hebung auf dem Meeresboden erst geradegerichtet werden. Die Bergung dauerte 6 Tage.

Amerika für Abschaffung der Passgebühren. Das Washingtoner Staatsdepartement hat allen Nationen von dem Wünsche der Vereinigten Staaten benachrichtigt, die Personenzuggebühren abzuschaffen mit Ausnahme von Einwanderern.

Zur Reichspräsidentenwahl

Die Wahlbewegung

Für die Reichspräsidentenwahl schritt am gestrigen Sonntag ihren Höhepunkt zu. Soweit wir die größeren und kleineren Zeitungen unseres Heimatlandes verfolgten, waren für den Samstag und Sonntag viele Dutzende, ja man darf mit voller Berechtigung sagen, mehrere hunderte von Wahlveranstaltungen anberaumt. Sie haben auch alle, soweit wir heute unterrichtet werden, stattgefunden; nur selten oder nie konnte eine Versammlung wegen schwachen Besuchs nicht abgehalten werden.

Einberufer dieser Wahlkundgebungen waren zum Teil die einzelnen Parteien, zum Teil auch die unter dem Namen Reichsblock und Volksblock zusammengefügten Parteien. Es sprachen deshalb fast in jeder Versammlung die Vertreter mehrerer Parteien. Das gab ihnen häufig ein interessantes Gepräge. Natürlich spielten nur die zwei Namen: Hindenburg und Marx eine Rolle. Der dritte Kandidat, der Kommunist Thalmann, wurde weniger genannt; er spielt ja auch bei der Entscheidung keine Rolle. Im allgemeinen hatte man den Eindruck, daß die Wahlbewegung eine große wird, denn der Reichsblock und der Volksblock machen wohl am 26. April alle ihre Anhänger mobil.

Soweit sich aus der Wahlstimung in Baden überhaupt ein Bild gewinnen läßt, sind die Aussichten des Kandidaten des Volksblocks, des Reichskanzlers a. D. Marx recht gute. Das ist begründet! Das in der „Karlsruh. Ztg.“ am Samstag bekanntgegebene endgültige Resultat verzeichnet für den Reichsblock in Baden 251 600 Stimmen, wobei auf Jarres 241 357, auf Ludendorff 6503, auf Dr. Held 3744 Stimmen entfallen waren, während die Parteien der Weimarer Koalition am 29. März in Baden 581 768 Stimmen erhielten. Sie verteilten sich auf Marx mit 295 283, auf Brauns (Soz.) mit 198 494 und auf Dr. Hellpach mit 88 091 Stimmen. Zudem ist es, nach den Presseäußerungen, die aus Bayern zu uns gelangen, nicht wahrscheinlich, daß die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei sämtlich für Hindenburg eintreten; ein Teil von den 3744 Stimmen, welche in Baden auf Held entfielen, werden am nächsten Sonntag dem Reichskanzler a. D. Marx zugewandt werden.

Was zum 26. April lobt also die Wahlschlacht mit von Tag zu Tag sich steigender Festigkeit. Wir halten solche politische Erziehungsarbeit für das deutsche Volk nützlich und notwendig, wenn auch an sich Wahlbewegungen manche unerwünschte Erscheinungen bieten. Vieles läßt sich aber zurzeit noch nicht trennen. Je öfter jedoch ein Volk zur Wahlurne schreiten muß, desto klarer erkennt es allmählich Sinn und Zweck der Wahlen. Daraus folgt dann ganz von selbst ein tieferes Eindringen in die Probleme des Staatslebens. Hierzu wird auch die Präsidentschaftswahl am 26. April ihr gut Teil beitragen.

Weitere Neben Marx

Reichskanzler a. D. Marx hielt Samstagabend in Dresden in einer von dem deutsch-republikanischen Reichsbund einberufenen Versammlung eine Rede, in der er unter anderem ausführte: Meine Politik und ihre Ziele liegen klar vor aller Augen, auch im Auslande herrschte nie Unklarheit darüber. Ich habe mich stets bemüht, eine Verständigung mit dem Auslande zu erziehen. Meine Regierung hatte den Erfolg, daß wir uns mit den anderen Nationen als gleichberechtigte Mächte an den Verhandlungstisch setzen konnten. Der Neben stellte sich auf den Boden der Weimarer Verfassung und schloß mit dem Wunsche, daß jeder sich der Rechte erfreuen möge, die ihm die Verfassung gebe, sich aber auch der Pflichten bewußt sein möge. Dann werden wir wieder sein ein einzig Volk. Vor dem dichtgedrängten Menschenmenge, vor der der ehemalige Kanzler die Rede wiederholte. Er fuhr alsdann mit dem Auto nach Leipzig weiter.

In Dessau beschäftigte sich Marx am Sonntag zunächst mit den Aufgaben des Reichspräsidenten, der tatsächlich Politik zu treiben habe. Das entspreche den Aufgaben seines Amtes. Er habe insbesondere die auswärtige Politik zu beeinflussen und an ihr mitzuwirken. Der Grundgedanke seiner Politik sei Wahrheit und Klarheit. Diese Politik sei insbesondere von einem waffenlosen Volke zu treiben, das den Weltkrieg verloren habe. Man habe aber damit Erfolg erzielt, und sei gewachsen. Seit London habe man auch eine große ausländische Anleihe bekommen und die sichere Zusage Decriots, daß am 26. August die ganze Ruhr geräumt werde. Man habe das Kabinett Marx geführt, aber seither die gleiche Politik, wie er, getrieben. Dann beschäftigte sich der Neben mit der inneren Politik und bezeichnete als deren Grundgedanke die Weimarer Verfassung, deren gleichfalls anwesenden Schöpfer, Reichsminister a. D. Brüning, er begrüßte. Die Rede fand fürnehmlich Beifall.

In Magdeburg bildete am Sonntag das Reichsbanner auf allen Straßen, durch die Marx fuhr, Spalier. In seiner Ansprache im überfüllten Hofjägeraal führte er u. a. folgendes aus: Der Kampf um die Deutsche Demokratie steht heute vielleicht auf seinem Höhepunkt. Dafür ist die Wahl des

Reichspräsidenten ein sinnvoller Ausdruck. Wir, die wir hier versammelt sind, bekennen uns zu den alten deutschen Farben schwarz-rot-gold, den Farben der Tradition. Wir ziehen die Farben schwarz-weiß-rot der letzten 50 Jahre nicht in den Staub der Gasse; aber in diesen Jahrzehnten und gerade im letzten ist immer mehr die Erkenntnis gereift, daß auf diesem klein-deutschen Wege nicht die deutsche Zukunft liegt. Es läßt sich sehr wohl darüber streiten, ob es nicht ein folgenschwerer Irrtum ist, wenn die Gegner der deutschen Demokratie glauben, das kommende Großdeutschland unter preussischer Führung stellen zu können. Staaten werden heute nicht mehr konstruiert, sondern leben und werden in den Willensströmungen des Volkes. Darum sind alle die im Irrtum, die da glauben, eine deutsche Wahlmonarchie aufzurichten zu können. Wie die Dinge heute liegen, steht am Ende ihrer monarchistischen Restauration immer wieder der frühere preussische König. Mit aller Entschiedenheit habe ich mich während meiner Kanzlerschaft gegen jene Bestrebungen gewandt, die den Zeitpunkt für gekommen glaubten, mit der Sozialpolitik überhaupt Schluß zu machen. Wenn sich heute unser Wirtschaftsleben wieder langsam hebt, so wird es unsere Pflicht sein, jener am meisten zu gedenken, die am stärksten unter der Last der Vergangenheit litten. Unser demokratisches Bewußtsein darf sich nicht auf Verfassungsfragen beschränken. Auch im Wirtschaftsleben muß der Gedanke der verantwortlichen Mitarbeit aller Gutgesinnten gelten, nicht der einseitigen Machtansammlung. Wenn jetzt die Gegner der Demokratie die Vorfälle aus der letzten Zeit der Republik zur Schuld legen, so sehen sie, oder wollen sie mindestens nicht sehen, daß die Republik das Erbe eines Krieges und eines Zusammenbruchs antreten mußte, der gerade in sittlicher Beziehung in unserem Volke die größten Verheerungen anrichtete. Sie können jedoch dessen gewiß sein, daß wir im Kampf für Sauberkeit und Ordnung mit allen jenen einig sind, die diesen Kampf aus Liebe zum deutschen Volke und seiner Zukunft führen, nicht aber mit jenen, die glauben, daraus parteipolitische Geschäfte ihrerseits herauszuschlagen zu können. Vom Hofjägeraal begab sich Marx noch nach zwei anderen Orten, in denen er in kurzen Ansprachen seine in der ersten Versammlung ausgeführten Gedanken ausdrückte.

„Der Aufruf des Handwerks für Hindenburg.“

Von einer dem Handwerk nahestehenden Seite wird dem „Bad. Beob.“ geschrieben: „Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte das „Karlsruher Tagblatt“ in Nummer 173 vom 15. April d. J. einen Aufruf des „Deutschen Handwerkerbundes“, mit dem der Anschein erweckt werden soll, als ob das organisierte Handwerk in seiner Gesamtheit „mit großer Entschiedenheit“ für Hindenburgs Präsidentschaftskandidatur eintrete. Zunächst ist festzustellen, daß der Deutsche Handwerkerbund eine bedeutungslose lokale Gründung einiger weniger norddeutscher Außenseiter ist, mit dem zusammenzuarbeiten die offiziellen Organe des deutschen Handwerks sich wiederholt geweigert haben und es auch für die Folgezeit ablehnen werden. Die Zentralorganisation des deutschen Handwerks ist der Reichsverband des deutschen Handwerks, in dem sämtliche Handwerks- und Gewerbelamern, die Fachverbände, die Verbände der Gewerbe- und Handwerkervereine, die Handwerkerbünde, die Genossenschaften und sonstigen wirtschaftlichen Organisationen des Handwerks vereinigt sind. Der Reichsverband des deutschen Handwerks lehnt es daher grundsätzlich ab, sich einseitig politisch festzulegen. Eine einseitige Stellungnahme für Hindenburg kann schon deshalb nicht in Frage kommen, weil weite Kreise des Handwerks, besonders auch die führenden Persönlichkeiten, den rechtsstehenden Parteien nicht angehören, für diese also eine Kandidatur Hindenburg bei aller Hochachtung für seine Persönlichkeit nicht in Frage kommen kann. Der Reichsverband des deutschen Handwerks sowohl, als auch der Deutsche Handwerks- und Gewerbelamernverband in Hannover haben noch keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um das Handwerk vor einer derartig einseitigen Stellungnahme zu warnen. Sie treten vielmehr immer dafür ein, daß sich die Handwerker je nach ihrer Weltanschauung den großen Parteien anschließen und nicht durch Eigenbrödelerei ihre Macht zersplittern. Es steht ferner fest, daß hervorragende Vertreter des Handwerks im Reichstag zu den Parteien der Weimarer Verfassung gehören. Es ist daher an dieser Stelle der Aufruf des sogenannten Deutschen Handwerkerbundes als das Produkt einiger weniger Unzufriedener anzusehen und zu bewerten.

Wir nehmen nicht an, daß vorstehende Zeilen auch vom „Karlsruher Tagblatt“ übernommen werden, möchten aber bitten, daß alle Blätter, welche noch etwas auf Realität im politischen Kampfe halten, die Richtigstellung übernehmen, damit nicht das Handwerk in den Verdacht kommt, als ob es in feiner Gesamtheit diesen reaktionären rechtsgerichteten Kreisen nachlaufe.“

Die bayerischen katholischen Arbeiter für Marx

Ein Konferenz führender Mitglieder der bayerischen Volkspartei aus dem Arbeiterstande hat in München gesagt. Die Konferenz war aus dem rechtsrheinischen Bayern und der Pfalz aus allen Bezirken besetzt. Die Versammelten nahmen zu dem in der Zeitschrift „Der Arbeiter“ erschienenen Artikel Stellung, der für die Kandidatur Marx eingetreten war. Einstimmig wurde beschlossen: Die Konferenz erklärt sich mit der Haltung des Verbandesorgans der katholischen Arbeitervereine, insbesondere mit dem Artikel des „Arbeiter“ vom 16. April in der Frage der Reichspräsidentenwahl reiflos einverstanden.

Reichskanzler a. D. Brüning im Wahlkampf

Vom Generalsekretariat der badischen Zentrumspartei in Freiburg wird mitgeteilt: Reichskanzler a. D. Dr. Brüning sprach am 15. ds. Mts. in Bellingen, am 16. in Offenburg und am 17. in Neustadt i. Schw. Am 18. wird er in Mainz,

Mit der Beilage: 29. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

am 19. in Gassel, am 20. in Chemnitz, am 21. in Leipzig, am 22. in Mannheim, am 23. in Hamburg, am 24. Kiel und am 25. im Sportpalast in Berlin sprechen.

Eine Rede Hindenburgs

Die Versammlung in den Gesellschaftsräumen der Stadthalle in Hannover, wo Hindenburg am Sonntag seine Kandidaturrede hielt, war aus allen Teilen Deutschlands stark besucht. Unter den Anwesenden bemerkte man den früheren Reichskanzler Gumbel, den früheren Reichsminister Heinke, Ludendorff, zahlreiche leitende Persönlichkeiten der rheinisch-westfälischen Industrie und eine große Anzahl von Vertretern der inländischen und namentlich auch der ausländischen Presse.

Staatssekretär Lohmann richtete an den Feldmarschall, der beim Eintritt in den Saal mit stürmischem Beifall begrüßt wurde, Worte des Dankes für das schwere Opfer, das er durch Übernahme der Kandidatur für die Präsidentschaft gebracht habe. Wenn behauptet werde, daß ein Feldmarschall als Präsident Krieg, Wiederaufrichtung der Monarchie und Diktatur bedeute, so sei dies Lug und Trug und er bitte insbesondere auch die Vertreter der ausländischen Presse, diesem Märchen entgegenzutreten.

Hindenburg führte u. a. aus: Der schönste Abschluß meines Lebens wäre gewesen, daß mir uns wieder mit der gleichen Einigkeit in friedlicher Arbeit am Wiederaufbau zusammenfänden, die uns einst besetzte. Ich bitte hier die so zahlreich erschienenen Vertreter der ausländischen Presse, die Bedeutung des Willens zur Einigkeit, der nichts mit Parteipolitik zu tun hat, sondern dem gesunden Nationalgefühl unseres Volkes entspricht, nicht zu gering zu achten. Der Reichsblut hat nun geglaubt, dem Gedanken einer überparteilichen Einigung bei der Wahl des deutschen Reichspräsidenten dadurch an besten dienen zu können, daß er mir für den zweiten Wahlgang die Kandidatur antrug. Ich hatte zunächst schwere persönliche Bedenken und bedauere nicht, daß darüber auch die Öffentlichkeit unterrichtet wurde. Der Appell an mein Pflichtgefühl hat diese Bedenken überwunden. Erleichtert wurde mir diese schwere Entscheidung nicht zuletzt dadurch, daß der von mir hochgeschätzte Kandidat des ersten Wahlgangs, Dr. Jarres, mich auch um dieses Opfer bat. Ich würde auch als Reichspräsident nur die Pflicht kennen, auf der einmal gegebenen Grundlage der Verfassung und der heutigen Stellung Deutschlands in der Welt das Beste für mein Vaterland zu erstreben. Weite Kreise streben aber nach einem großen gemeinsamen Ziel. Darum scheint mir der Reichsblut, der diesem Gedanken dienen will, die Forderungen des Tages richtig erkannt zu haben. Es wird noch langer und schwerer Arbeit bedürfen, ehe unser ganzes Volk wieder zum Bewußtsein der höchsten Werte der Nation erwacht ist. Wir haben heute die Pflicht, unser gesamtes öffentliches Leben und unsere praktischen politischen Ziele so einzustellen, daß unser aufwärtiges Streben nach friedlicher Erneuerung unseres Vaterlandes und friedlicher Mitarbeit an dem Fortschritt der Welt sich durchsetzen kann. Hierin liegt eine wichtige Grundlage deutscher Außenpolitik. Nichts kann diesen friedlichen Zielen mehr schaden, als das verlorene Geschrei von einer drohenden militärischen Reaktion in Deutschland, die sich in meiner Kandidatur angeblich ausdrücken soll. Ich betone hier mit aller Deutlichkeit, daß ich nichts anderes erstrebe, als dem deutschen Volk in voller Souveränität und in voller Freiheit seinen Platz unter den anderen Völkern zu sichern. Ich versichere Ihnen, daß all das Geschwätz von einem verfassungswidrigen Vorgehen, das ich beabsichtigen soll, von sogenannten realpolitischen und sonstigen gefährlichen Bestrebungen, unsinnig ist.

Nachdem der Feldmarschall geendet hatte, nahm eine Reihe von Führern der im Reichsblut vereinigten Parteien das Wort: für die deutschnationale Volkspartei der Abg. Winter, die Deutsche Volkspartei Staatsminister a. D. Richter, die Wirtschaftspartei Dreßler, die Bayerische Volkspartei der Abg. Leibl als Vertreter Dr. Feins, für den Reichslandbund von Göttsacker und für die Offiziersbünde Admiral v. Schröder.

Stresemann zur Präsidentschaftswahl

Dr. Stresemann schreibt in der „Zeit“ über die Reichspräsidentenwahl, die deutsche Volkspartei habe bis zum letzten Augenblick an der Kandidatur Jarres festgehalten und gegen die Kandidatur Hindenburg Bedenken in offener Aussprache mit dem Reichsblut und dem Generalfeldmarschall geltend gemacht. Nachdem die Entscheidung für Hindenburg gefallen sei, sei es selbstverständlich, daß die Volkspartei sich hinter seine Kandidatur stelle. Entschieden betont Stresemann, daß es die Volkspartei ablehne, in dem Kampf um die Präsidentschaft einen Austrag der Gegensätze zwischen Monarchie und Republik zu ziehen. Die Wahl des Reichspräsidenten sei auch keine Entscheidung über die Grundfrage der deutschen Außenpolitik. Nur auf dem Wege friedlicher Verständigung und unter Verzicht auf machtpolitische Illusionen könnten wir in jöher Arbeit die Stellung wiedergewinnen, die wir innerhalb der anderen Staaten einnehmen wollen. Der Lösung der Reparationsfrage durch die Londoner Abmachungen müsse die Lösung der politischen Fragen folgen, die unser Verhältnis zu unserem westlichen Nachbarn klären und das Rheinland ein für alle Male vor den Angriffen französischer Gewaltspolitik schützen. Die vertragsmäßige Klärung des besetzten Gebietes stelle uns sicher und ermögliche uns frei von dem fortgesetzten außenpolitischen Druck, die Wohlfahrt des deutschen Volkes zu fördern.

Den Blättern zufolge wird Oberbürgermeister Jarres in einer großen Kundgebung des Reichsbluts am Donnerstag in Berlin für die Kandidatur Hindenburgs das Wort ergreifen.

Das alte Offizierskorps gegen die Hindenburg-Kandidatur. Aus Kreisen des Offizierskorps der alten Armee hört man, wie auch dort die Kandidatur Hindenburgs einen geradezu niederschmetternden Eindruck gemacht hat.

Wo bleibt noch Treu und Glauben? schreibt ein ehemaliger Generalstabsoffizier, dessen Denkwürdigkeit nach seinem eigenen Glaubensbekenntnis eine „nationale“ ist. Wohl habe ich zu manchem Gedanken, zu mancher Tat nationaler Politiker bisweilen den Kopf geschüttelt. — Aber schließlich, Fehler werden ja überall gemacht, und daß in so bewegten Zeiten wie den vergangenen und den gegenwärtigen oft übers Ziel hinausgeschossen wird, ist zu verstehen und zu vergeben. Hier aber geschieht etwas Unglaubliches, etwas Unfassbares! — Nutzt man dem Generalfeldmarschall wirklich zu, einen Eid auf die schwarz-rot-goldene Fahne abzulegen, oder soll er diesen Eid „mit einem offenen Knüttel“, alias unter innerem Vorbehalt leisten! — Gines so unwürdig wie das andere!

Ein trotz aller politischen Umwälzungen seinem kaiserlichen Herrn treu gebliebener Paladin kann niemals zum ersten Beamten der Republik werden! — Soll etwa der greise, in allen Volksschichten gleich hochverehrte Führer in seinen letzten Lebensjahren noch zum Revolutionär gegen die zurzeit bestehende Staatsform werden, indem man ihn (mit für die große Masse des Volkes nur allzu durchsichtigen Gesten) als Statthalter der Monarchie hinstellt? — Nun gut, — wenn es an der Zeit wäre und durch einen leichten, erfolgreichen Staatsstreich geschehen könnte, — der Generalfeldmarschall würde das Offizierskorps der alten Armee sicherlich auf seiner Seite finden. — Für ein politisches Intrigenpiel aber muß eheliche Soldatennatur ihre Gefolgschaft verlassen! Schon ist

das Furchen des Feldmarschalls erschüttert, trotzdem ein jeder fest überzeugt ist, daß er selbst nur das Beste will. Diejenigen aber, die ihm dies Amt mit hochtrabenden Redensarten, über deren Unaufrichtigkeit und Tragweite sich der alte Feldherr bei seiner persönlichen Gradsheit und politischen Klugheit gar keinen Begriff zu machen weiß, aufzwingen wollen, sie haben an ihm und an all seinen Verehrern eine unerhörte Insaule begangen! — Jawohl — eine Insaule! — einen anderen Ausdruck gibt es nicht dafür. Das moralische Prestige Hindenburgs wollen sie für ihre persönlichen machtpolitischen Zwecke ausnutzen, und sie werden sich auch keinen Augenblick scheuen, die Ehre des alten Herrn preiszugeben, wenn das Spiel verloren geht. Wäre unser Herrgott, der ja von altersher mit den preussischen Generalen immer auf recht gutem Fuße gestanden hat, unserem Hindenburg noch rechtzeitige Erleuchtung senden, damit uns sein guter Name, ihm die Liebe und Achtung des Volkes erhalten bleibe. Möge er, allen alten ehelichen Soldatenherren klar werden lassen, wie überhört falsches Spiel mit dem greisen Feldmarschall getrieben wird!

Hindenburg an das Neuterbüro

W.D. London, 20. April. Der Berliner Vertreter des Neuterbüros hat an Generalfeldmarschall v. Hindenburg eine Reihe von Fragen gerichtet, auf die Hindenburg erklärte, er sei bereit, den vorgeschriebenen Eid, wonach der Reichspräsident gemäß der Verfassung handelnd die Reichsgesetze schützt, gewissenhaft seine Pflicht erfüllt und jedermann Berechtigung zuteil werden lassen soll, zu leisten; denn sonst hätte er nicht das Recht, sich als Kandidat aufstellen zu lassen. Die Frage Republik oder Monarchie sehe gegenwärtig in der deutschen Politik nirgends zur Erörterung. Persönliche Wünsche seien daher nutzlos. Die Sicherheitsfrage sei gegenwärtig Gegenstand internationaler Erörterungen. Daher könne er sich nicht persönlich in solche Fragen einmischen, mit denen sich an erster Stelle die betreffenden Regierungen beschäftigen müßten. Natürlich verfolge er diese wichtigen Erörterungen mit besonderer Aufmerksamkeit. Er teile mit allen anderen Deutschen ohne Unterschied der Partei die Ansicht, daß die gegenwärtigen Grenzen im Osten zugunsten Deutschlands geändert werden müßten. Aber, um den Frieden nicht zu gefährden, müsse diese Frage durch Verhandlungen geregelt werden. Der Berliner Vertrag sei für uns bindend, bis er durch ein neues Abkommen zwischen den Vertragspartnern geändert werde. Die Beachtung der militärischen Vorschriften des Vertrages sei natürlich ein Teil der Erfüllung des Vertrages. Er habe bereits in seiner Oberbotschaft an das deutsche Volk gesagt, daß er dem inneren und äußeren Frieden zu dienen wünsche. Er teile durchaus die Ansicht, daß Deutschland nur von einer friedlichen Entwicklung im Innern und im Ausland gewinnen könne, und daß es eine Torheit wäre, wenn sich Deutschland in kriegerische Abenteuer einließe. Während der ganzen Nachkriegszeit habe er immer gegen kriegerische Abenteuer gesprochen, weil sie nur unheilvoll enden könnten. Seine Ansicht als militärischer Sachverständiger sei, daß Deutschland nicht imstande sei, sich auch nur gegen einen kleinen Nachbarstaat zu verteidigen. Denn auch Staaten, wie Polen und die Tschechoslowakei, besäßen viel größere lebende Heere als Deutschland und würden durch militärische Bündnisse geschützt, so daß wir in jedem Falle einer Macht gegenüberständen, deren Rüstung viel stärker sei als die unsere.

Politische Neuigkeiten

Im Haushaltsausschuß des Reichstags

begann am Samstag die angekündigte politische Debatte über die Gründe des Stodens des Zinsfußes von Auslandskrediten. Reichsanheimminister Dr. Stresemann führt hierzu aus: Ich habe gestern nachmittag am Vorschauer in Washington gefabelt und ihn gebeten, sich über diese Frage zu äußern. Eine Antwort des Vorschauers liegt bis jetzt noch nicht vor. Nach den sonst hier vorliegenden amtlichen Mitteilungen ist von Rückbildungen von Auslandskrediten nichts berichtet worden. Unter den Berichten unserer Missionen, die sich mit der Präsidentenwahl beschäftigen und die nicht auf eine dringende Aufforderung des Auswärtigen Amtes erfolgt sind, ist nur eine einzige Antwort, die sich auf wirtschaftliche Dinge bezieht. Diese kommt aus Washington und in ihr befindet sich der Satz, daß infolge der Präsidentschaftswahl voraussichtlich damit zu rechnen sei, daß über den Verhandlungen wegen der Wirtschaftskredite einige Zeit verfließen werde, weil man den Ausfall der Präsidentschaftswahl abwarten wolle. Nach meiner Kenntnis ist es auch bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl der Fall, daß vor der Entscheidung eine gewisse Zeit der Spannung eintritt, in der man warten will, wie die Dinge sich gestalten werden.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) führt aus, es könne niemand bezweifeln, daß die freihändlerisch gerichteten Kreise des Auslandes und die auf einem freihändlerischen System beruhenden Auslandsstaaten durch die Anstellung der Kandidatur Hindenburg schon beunruhigt seien. Der Rückschlag sei auch schon eingetreten. Der Redner erwähnte das des näheren in zwei Fällen, von denen insbesondere in dem einen die Auszahlung eines größeren auf lange Zeit für ein inwendiges Unternehmen gewählter amerikanischer Kredit nach der Anstellung der Kandidatur Hindenburg wegen der durch die Präsidentschaftswahl womöglich eintretenden Änderung der innerpolitischen Verhältnisse bis nach der Präsidentschaftswahl hinausgeschoben worden sei.

Abg. Bergt (Dnl.) erklärt, bei den durch die Zeitungen bekanntgegebenen Vorgänge handle es sich offenbar nur um Kundgebungen von Stellen, denen keine Bedeutung beizumessen sei.

Abg. Müller-Franken führt aus: Die ganze Frage ist von den Deutschnationalen ins Rollen gebracht worden, lediglich zu Agitationszwecken. Die Presse des Auslandes hat sich gegen Hindenburg gewandt und das muß Einfluß auf das wirtschaftliche Leben haben. An Hindenburgs Kandidatur ist Hindenburg weniger schuld als die hinter ihm stehenden Drahtzieher. Diese Elemente sind gefährlich, weil ähnlich wie von Bauer und Nicolai im Kriege von ihnen Hindenburg als Schutzschild für die Durchführung ihrer reaktionären Zwecke benutzt wird.

Abg. Curtius (D. Opt.) wies darauf hin, daß die Kreditrestriktionen Americas bereits im Februar-März eingetreten seien, die auf inneramerikanischen Verhältnissen beruhten, daß aber gerade in den letzten Tagen Kreditverhandlungen von erheblicher Höhe zum Abschluß gekommen seien.

Reichsanheimminister Stresemann beantwortete hierauf verschiedene Anfragen in vertraulicher Rede. Abg. Schlad (Btr.): Bezüglich der Kredite darf wohl bestimmt gesagt werden, daß eine Kandidatur Hindenburgs jedenfalls die Kreditgabe Americas nicht fördert, wogegen dies von der Kandidatur Marx gesagt werden kann.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) geht nochmals auf den Sachverhalt ein und legt dar, daß Herr Bergt das Material, wie es in den Zeitungen geschildert habe, selbst als belanglos bezeichnet habe, und daß daher kein Grund vorgelegen hätte, die

gestrige Anfrage, die lediglich Agitationszwecke diene, zu stellen. Vom Auslande her gesehen, drehe sich der Kampf allerdings um Restauration oder Republik, um Fortsetzung oder Verlassen der bisherigen außenpolitischen Wege. Hindenburg sei zweifellos Republik, und niemand könne sich vorstellen, daß er an der Spitze der Republik Deutschland mit der Wärme und dem Willen vertreten werde, die angesichts der schweren Tage unseres Vaterlandes für jeden Erfolg Voraussetzung seien. — Damit wurde die politische Aussprache abgeschlossen.

Die Untersuchung der Finanzaffären

Im Reichstagsuntersuchungsausschuß für die Kreditaffären wurde am Samstag die Vernehmung Julius Barmats fortgesetzt. Zunächst wendet sich die Vernehmung wiederum dem Kondensmilchgeschäft zu, bei dem es zu Differenzen zwischen Barmat und den Reichsstellen gekommen ist. In einem längeren Bericht der deutschen Reichsstellen in Holland über dieses Geschäft heißt es, daß Barmat bei dem Abschluß einer größeren Kondensmilchlieferung Wert darauf gelegt habe, daß auch Dosen geliefert wurden, die „16 Unzen Netto“ enthielten. Als sich bei der Lieferung herausstellte, daß auch die kleineren Dosen nur 14 Unzen enthielten, wurde Barmat nur der Preis für 14 Unzen bezahlt. Das Hauptgewicht legte der Vorsitzende Säger auf den letzten Teil des Berichtes, in dem es heißt: Die Fabriken haben sich sämtlich vertraglich Barmat gegenüber verpflichtet, 16 Unzen-Dosen zu liefern. Sie erklären übereinstimmend, daß Barmat beim Abschluß des Geschäftes gewußt habe, daß tatsächlich nur 14 Unzen-Dosen geliefert wurden.

Der Direktor von der Firma van den Berg erklärte, daß er bei dem Abschluß des 16 Unzen-Dosenvertrages Herrn David Barmat darauf aufmerksam gemacht habe, daß die Fabrik selbstverständlich die üblichen Dosen liefern werde, die zwar auf 16 Unzen Netto lauten, aber nur 14 Unzen Inhalt haben dürfen. Der Direktor einer anderen Firma gab zu, mit der Firma Amegina einen Kontrakt abgeschlossen zu haben, indem von Dosen mit 16 Unzen die Rede gewesen sei. Er sagte aber dagegen gleichzeitig, daß er selbst diesen Kontrakt nicht abgeschlossen hätte.

Barmat erklärt: Wenn mir die Verträge, die noch immer bei den Akten sind, ausgehändigt würden, so könnte ich sofort nachweisen, daß mir bei den großen Firmen wie van Berg, Exxelior und auch von anderen Firmen ausdrücklich habe bescheinigt lassen, daß Dosen mit 16 Unzen Netto Inhalt zu liefern sind. Die Originalverträge mit unseren Lieferfirmen haben wir seinerzeit dem Minister Hermes vorgelegt. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß wir irgend einen Betrag verbüßt hätten.

Im weiteren Verlauf erklärt Barmat: Ich weiß nicht, weisen man mich anlag. Die Sache hing damit an, daß wir mit Kuttler gemeinsam Schiedungen gemacht haben sollten. Sehr bald wurde diese Anlage fallen gelassen und ich wurde beschuldigt, Mißbehaltung und Beamteneinführung getrieben zu haben. Dann wurde festgestellt, daß dieser dringende Verdacht nicht mehr bestehe; aber — so wurde mir gesagt — ein Verdacht bestehe noch bezüglich des Ministers Hofle. Genau weiß ich noch immer nicht, was mir vorgeworfen wird.

Nach weiteren ausführlichen Verhandlungen über die Finanzierung der Barmatschen Lieferungen fragt der Vorsitzende: Ich habe noch eine abschließende Generalfrage an Sie zu stellen: Haben Ihnen Ihre politischen Beziehungen zu dem Zweck gedient, oder waren sie geeignet, irgendwelche Vorteile Ihnen in Ihrem Geschäft zu bieten? Haben Sie etwa zu diesem Zweck ihre politischen Beziehungen benutzt? Barmat: Nein, ich habe sogar die größten Schwierigkeiten gehabt wegen meiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei. Barmat bekennt weiter, daß nach seiner Erinnerung das Embellungsgeheimnis Malzalkins etwa folgenden Wortlaut hatte: „Ich empfehle eine Geschäftsführung mit Julius Barmat, der mir als großzügiger reeller Kaufmann bekannt ist“ (Berg, v. Malzalkin). — Zu seiner Verbindung mit dem Abg. Wolff-Gorli stellt Barmat fest: Ich hatte keineswegs die Absicht, ihn sofort in den Ausschuß zu bringen, um seine politischen Beziehungen auszunutzen. — Abg. Schulze-Berlin (Dnl.) betont, daß Wolff-Gorli niemals deutschnationaler Abgeordneter war. Er gehörte vielmehr der freikonservativen Partei an.

Die Vernehmung des Zeugen Barmat wird darauf geschlossen. Nächste Sitzung des Ausschusses wird voraussichtlich erst in drei Wochen stattfinden.

Sachentlastung Hellwig. Der Geheimrat Finanzrat Hellwig, der im Zusammenhang mit der Barmataffäre seit langem sich in Untersuchungshaft befindet, ist gegen eine Sicherheitsleistung von 10000 Mark aus der Haft entlassen worden.

Die Untersuchung des Dortmunder Grubenunglücks

Das Oberbergamt in Dortmund teilt mit: Die Untersuchung der Bergbehörde und der Grubensicherungskommission in Dortmund über die Grubenexplosion auf der Jede Mine Stein am 1. Februar 1925 hat folgendes ergeben: Der Herd der Explosion wurde in der Abbaustelle des Flözes Otto oberhalb der ersten Sohle festgestellt. Dort wurde ein schwacher und mit einer Patrone geladener Sprengzweig weggetragen. Dieser Schuß entzündete infolge einer eigenartigen, bisher nicht klar erkannten Wirkung solcher schwachen Schüsse ein Gemisch von Grubengas, welches sich an dieser Abbaustelle angesammelt hatte. Das Gemisch explodierte und diese Explosion wurde von dem vorhandenen Steinkohlenstaub genährt und weitergetragen, so daß sich die Flammen über 4 Flöze und 3 Laufsohlen verbreiteten. Die folgenschwere Explosion gibt der Bergbehörde Veranlassung, als wirksamste Mittel zur Verhütung von Explosionen die Aufschüttelung des Steinkohlenstaubes durch das sogenannte Kohlensteinstaubverfahren allgemein im Ruhrkohlenbergbau einzuführen. Es sollen ferner die Schichtarbeiten in gefährlichen Flözen zunächst beschränkt und Schutzmaßnahmen gegen die Einwirkung der giftigen Rauchschwaden derartiger Explosionen auf die überlebenden Personen ins Auge gefaßt werden.

Der Führer des polnischen Deutschtums vor Gericht

W.D. Warschau, 20. April. Der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen den Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung im polnischen Landtag und Senat, Landrat a. D. Eugen Reumann und seine Gattin, der nach dem Willen der deutschnationalen Kreise Polens diesen angesehenen Führer des Deutschtums in Polen politisch erlegen sollte, endete nach 14-tägiger erregter Verhandlung mit der Freipredung der Angeklagten. Der Wortwurf der Anklage, daß Reumann fälschlich begangen worden sei, um die polnische Staatsangehörigkeit zu erhalten und hierdurch den Landbesitz vor Liquidation zu schützen, wurde vollständig widerlegt. Der Staatsanwalt hatte nach einer politischen Rede gegen den Abg. Reumann ein Jahr, gegen seine Gattin 8 Monate Gefängnis verurteilt.

Eine Militärrevolte in Portugal

Einer Sabotageaktion zufolge ist in Lissabon der Versuch eines militärischen Aufstandes unternommen worden. Ein Major Camarao errichtete mit Unterstützung mehrerer hundert Kameraden eine Art Direktorium und ließ mehrere Beamte festnehmen. Der Präsident der Republik und die Mitglieder der Regierung mußten sich in eine Kaserne flüchten. Kurze Zeit darauf umzingelten regierungstreue Truppen das Viertel, worin sich die Revolutionäre befanden. Nach weiteren Meldungen sei man der Ansicht, daß es den Revolutionären nicht gelingen werde, von anderen Truppen Hilfe zu erhalten. Der Abgeordnete Cunha Real, der als Führer der Bewegung gilt, wurde von der republikanischen Garde gefangen genommen und zwar in einem Stadtteil, wo sich die Regierungsmitglieder und der Präsident der Republik versammelten. Der Verkehr in Lissabon ist vollständig normal. Die Banken sind geöffnet.

Kurze Nachrichten

Die Finanzabrechnung des Reichs. Nach einer Übersicht über die Geldbewegung der Reichshauptkasse betragen im Monat März die Einnahmen 622,9, die Auszahlungen 618,6 Millionen bezw. 6917,4, so daß sich ein Überschuß von 4,3 bezw. 69,7 Millionen Mark ergibt.

In der Rathenauerstraße ist nunmehr eine Nachtragsanfrage erhoben worden. Sie ist vom Reichsanwalt Obermeier persönlich untersucht. Angeklagt sind 1. der Oberleutnant S. a. D. Günther Brandt und 2. der Fabrikbesitzer Johann Kudenmeister aus Freiburg in Baden. Die Anklage ist gegen beide wegen Beistells zum Mord erhoben worden. Der Prozeß findet vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik in Leipzig statt.

Im Reichsgericht ist am Samstag nach 47 Verhandlungstagen die Schlussurteile der letzten Angeklagten gesprochen. Damit ist die Verhandlung beendet. Die Urteilsverkündung wird voraussichtlich am Mittwoch, den 22. April, vormittags 10 Uhr stattfinden.

Die Einwohnerzahl Nordamerikas. Nach dem Status vom 1. Januar 1925 beträgt die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten 114 311 000, d. i. eine Zunahme im Jahre 1924 um 1 627 000. Die Zunahme durch den Geburtenüberschuß ist viermal so groß, als die Zunahme durch Einwanderer, welche 815 000 beträgt.

Badlscher Teil

Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge

D. B. Karlsruhe, 20. April.

Die 7. Bundestagung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge nahm Samstag vormittag ihren Fortgang im Sitzungssaal des Landtages. Nach einer Eröffnung der inzwischen verstorbenen Mitglieder und der Bekanntgabe zahlreicher Begrüßungsreden (vom Reichsanwalt, Reichsminister, Kardinal Faulhaber und anderen Persönlichkeiten), berichtete Generalsekretär Dr. Eulen ausführlich über die Tätigkeit der Bundeszentrale im abgelaufenen Geschäftsjahr. Besonders bleibt immer, daß nahezu die Hälfte aller deutschen Gefallenen in Frankreich unbekannt oder in Sammelgräbern bestattet ist, noch schmerzlicher, daß unter den rund 2500 aufgehobenen Friedhöfen so zahlreiche, mit Liebe und Sorgfalt von deutscher Hand errichtete Ehrenstätten verloren gegangen sind. Das Netz der Verbindungslinien wurde nicht nur erhalten, sondern auch weiter ausgebaut. Der Volksbund hat zur Instandhaltung und Aufschmückung der Kriegsgräber bereits ansehnliche Arbeit geleistet. Bewährt hat sich dabei die Einrichtung der Patenschaften. Schwierig liegen die Verhältnisse in den östlichen Ländern und zwar wegen des weiten Terrains. Bei der Kriegsgräberfürsorge in den überseeischen Ländern leistet die Marineverwaltung ihre Hilfe. Zurzeit bestehen 38 Landesverbände mit 747 Ortsgruppen, d. i. ein Netz von 100 Ortsgruppen. Die Beteiligung am Volkskongress am 1. März hat bewiesen, daß das deutsche Volk diesen Tag will.

In das Referat knüpfte sich eine eingehende Aussprache, in der es u. a. als selbstverständliche Ehrenpflicht der Stadtverwaltungen bezeichnet wurde, für die Erhaltung der Kriegsgräber an ihrem Platze zu sorgen.

Gehemter Vornach gab Auskunft über die Tätigkeit des Zentralnachweises für Kriegsgräber. Über den Umfang einer privaten Aufschmückung der Gräber auf französischen Militärfriedhöfen sind Richtlinien aufgestellt. Auf Gemeindefriedhöfen dagegen ist den Angehörigen mit Genehmigung der Bürgermeister die Aufstellung von Grabsteinen und die Befestigung der Gräber erlaubt. Im Interesse einer möglichst raschen Bearbeitung der endgültigen Friedhofslisten bittet das Zentralnachweismittel dringend, von Anfragen über die Grablage eines Toten einstweilen Abstand zu nehmen. Die Gräberlisten werden dem Amt vom französischen Pensionsministerium mitgeteilt und es gibt zum gegebenen Zeitpunkt kostenlos Auskunft über die Gräber.

In der Samstag-Nachmittagsitzung ergänzten Stadtkonrat Kemmer-Karlsruhe und Oberpostrat Wagner-Breisau ihre schriftlichen Darlegungen über Reisen, die sie im Auftrag des Bundesvorstandes zur Besichtigung der Kriegsgräber im Elsaß und auf dem damals östlichen Kriegsschauplatz (Kongress-Kolon) unternommen haben. Die Rechnungslegung pro 1924 ergab keine Beanstandungen. Für 1925 und 1926 wurde der an den Bundesvorstand abzuführende jährliche Mindestbeitrag auf 1 Mark festgesetzt. Über die vom Vorstand ins Auge gefasste Möglichkeit eines Hauskaufs in Tempelhof zum Preise von 110 000 M. gingen die Meinungen auseinander. Die Gegner befürchteten eine üble Wirkung bei den Beitragszahlern, die den letzten Pfennig für die eigentlichen Zwecke des Volksbundes verwenden wissen wollten. — Präsident Siems und Generalsekretär Eulen halten dagegen den Hauskauf für ein Gebot der Notwendigkeit, um das Berliner Büro in ausreichenden menschenwürdigen Räumen unterbringen zu können. Zudem handele es sich um eine Anlage, damit der Volksbund nicht mit leeren Händen dastehen, sofern an ihn der Ruf aus Frankreich zur Mitarbeit an der Erhaltung der Kriegsgräberföhrung komme. Die Aussprache endigte mit der Einsetzung einer neungliedrigen Kommission, die die Sache alsbald prüfen soll. — Die weiteren Punkte der Tagesordnung betrafen organisatorische Angelegenheiten und Satzungsänderungen, sowie den vielgestaltigen Arbeitsplan. Man hofft, im nächsten Jahre für die Kriegsgräberfürsorge im Ausland bestimmte Richtlinien vorlegen zu können. Auch die Unterhaltung der Kriegsgräber in der Heimat soll nicht vernachlässigt werden.

Der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Oberpostrat Siems, hat Samstagabend auf dem Kriegesriedhof ohne besondere Feierlichkeit einen Lorbeer mit Wein niedergelegt.

Im weiteren Verlaufe der Tagung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge wurde der Haushaltsplan für 1925 genehmigt. Gemäß dem Vorschlag der Reinerkommission ent-

schied man sich einmütig gegen den Hauskauf und dafür, daß die Geschäftsräume baldmöglichst anderweitig untergebracht werden. Aus den Verhandlungen über den Arbeitsplan ist noch hervorzuheben, daß am Volkskongress 1926 auf jedem Friedhofe ein Kranz niedergelegt werden soll. Oberregierungsrat Bauer regte an, zur Graberschmückung die Schulkinder heranzuziehen. Befürwortet wurde ferner die Schaffung eines einheitlichen Bundesabzeichens, die enge Fühlungnahme mit der Presse, auch der neutralen, und schließlich die Fortsetzung der Bemühungen, um eine gesicherte Grundlage des Volkskongresses, wofür bereits ein Entwurf vorliegt. Die Wahlen vollzogen sich glatt. Verwaltungsrat und Bundesvorstand wurden im allgemeinen wiedergewählt und die erneute Berufung des Präsidenten Siems mit großem Beifall aufgenommen. Der nächstjährige Bundestag wird wahrscheinlich im Mai stattfinden. Die Bestimmung des Ortes, wo der Bundesvorstand überlassen. Den Abschluß der Verhandlungen bildete ein Ausflug nach Baden-Baden.

Forstmeister Krautinger †

Die Nachricht vom Tode des allgemein beliebten und hochverehrten Forstmeisters Krautinger in Konstanz hat ganz besonders in Fischereikreisen allgemeine Teilnahme hervorgerufen. Weit über Badens Grenzen hinaus war Krautinger als Fischereifachverständiger, namentlich in Fragen der Heinfischerei, des Lachsanges und der Lachsjagd bekannt. Nicht nur die staatliche Fischwachtanstalt Tengen, von der aus alljährlich etwa eine Million junge Lachse dem Oberrhein und seinen Nebenflüssen übergeben werden, verdankt ihre Entstehung seiner Initiative, sondern auch im Reich half Krautinger die Organisation der Lachsjagd einführen und gehörte als bester Lachs-Sochverständiger dem engeren Vorstande des Deutschen Fischereivereins an. Als langjähriges Vorstandsmitglied des Badischen Fischereivereins zählte er zu den gründlichsten Kennern der badischen Fischereiverhältnisse. Besonders Anerkennung verdient seine Tätigkeit als Fischereifachverständiger für den Oberrhein. Mit Nachdruck forcierte er gelegentlich der Erstellung der Oberheinkraftwerke weitgehende Maßnahmen auf die Fischerei und setzte die Anlage geeigneter Fischwehre an den einzelnen Kraftwerken, nicht selten unter Überwindung starker Gegner, durch. Auch am Oberrhein und Untersee hat sich Krautinger durch die Anlage besonderer Fischwachtanstalten und die langjährige Leitung der staatlichen Fischwachtanstalt Radolfzell viel Verdienst erworben und durch die seinem Antriebe zu verdankende Anstellung mehrerer staatlicher Fischereiaufseher geordnete Fischereiverhältnisse geschaffen. Fast bis zu seinem Tode lag auch die Regelung der Mainau-Fischerei in seiner Hand. In der Kriegszeit erhielt Krautinger Auftrag, die Donaueinfischerei im besetzten Gebiet Rumänien großzügig zu organisieren. Auch hier hat er sich als ausgezeichneten Organisator einen Namen gemacht.

Wegen seines energischen Handelns im Interesse der Fischerei war Krautinger als Mensch überall hochverehrt. Ein berechtigter Antrag, der im Großen und Kleinen auf die Besserung bestehender Zustände abzielte, fand in ihm den besten Fürsprecher. So galt er in weiten Kreisen als wahrer Freund der Fischerei und der Fischer, die in wichtigen Fällen weit herbeiziehen, um seine Unterstützung zu erbitten. Die Badische Fischerei verliert in ihm daher einen ihrer tatkräftigen Förderer. Dr. A.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Lagerverwalter Willi Weiser in Furtwangen die badische Rettungsmedaille verliehen. Weiser, dessen Entschlossenheit und Umsicht bereits früher drei Mal die Rettung von Tode des Ertrinkens verdankt, hat im Sommer letzten Jahres einen Kaufmann aus Willingen unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Die Auslandsendungen für die Internationale Polzeitechnische Ausstellung Karlsruhe

Nach den schon jetzt aus dem Ausland vorliegenden Anmeldungen und Anfragen ist bei der im Juni d. J. in Karlsruhe stattfindenden Internationalen polizeitechnischen Ausstellung mit einer starken Beteiligung ausländischer Behörden und Industrien zu rechnen. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung hat, auch im Hinblick auf die große wirtschaftliche Bedeutung der Ausstellung die Zollämter in Karlsruhe ermächtigt, die Ein- und Wiederanfuhr von Waren, die für die Ausstellung bestimmt sind und als solche in den Begleitpapieren bezeichnet sind, unter der Bedingung ohne Ein- bzw. Ausfuhrbewilligung zuzulassen, daß sie unter Zollaufsicht auf einem karlsruher Zollamt abgefertigt werden, während ihres Verbleibs in Deutschland im Vormerkverfahren unter Zollaufsicht bleiben und binnen einem Monat nach Abschluß der Ausstellung wieder ausgeführt werden.

Erhöhung der Militärrenten

Die Neuen und Zusatzrenten der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und sonstigen Militärrentner sind mit Wirkung vom 1. April 1925 ab entsprechend der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die Beamten erhöht worden. Infolgedessen ist an Stelle der bisherigen Erhöhung um 15 Prozent eine solche um 18 Prozent getreten. Da die Versorgungsämter für die Rentenzahlung Ende März 1925 nur die bisher geltende Rentenerhöhung um 15 Prozent berücksichtigt konnten, wird die Nachzahlung für die Zeit vom 1. April 1925 ab mit der Rentenzahlung für den Monat Mai verbunden werden.

Der Verein badischer Pflanzenzüchter

tritt mit einer Denkschrift an die Öffentlichkeit, worin er die Errichtung eines Instituts für Pflanzenzüchtung in Karlsruh verlangt. Nur dann, so heißt es, wenn die badische Landwirtschaft hohentstädtiges Saatgut, also badisches Saatgut verwendet, kann sie bei Anwendung sämtlicher Neuerungen auf dem technischen Gebiet und durch Zusammenarbeit von Wissenschaft und Technik das Beste aus der heimatischen Scholle zum Wohle der gesamten Volksernährung herausziehen. In diesem Sinne ergeht vor allem ein Appell an die Badische Landwirtschaftskammer, die demnächst ihre 29. Vollversammlung abhält.

Die 2. ev. theologische Prüfung im Frühjahr 1925. Nachstehende 11 Kandidaten, die sich der 2. theol. Prüfung in diesem Frühjahr unterzogen haben, wurden unter die badischen evangelischen Pfarrkandidaten aufgenommen: Theodor Erhardt von Domsafe (Goldküste), Egon Güß von Konstanz, Fritz Haag von Kälberbach, Otto Hof von Frankfurt a. M., Erich Kühn von Hochhausen a. R., Ernst Rempel von Eberstadt, Adolf Merkel von Bretten, Hugo Pfisterer von Eberstadt (H. Mühlheim), Karl Bösch von Karlsruhe, Hans Schütz von Mannheim, Rudolf Jöbele von Mannheim-Heinzen.

Von den bad. Hochschulen. Der außerordentliche Professor für innere Medizin an der Universität Freiburg i. Br. Dr. med. et phil. Hermann Kaufmann, erhielt einen Lehrauftrag für klinische Konstitutions- und Vererbungslehre.

Aus der Landeshauptstadt

Warnung. In letzter Zeit hat in Baden ein Reisender, 35 bis 40 Jahre alt, klein, unterseht, mit gemindertem Auftreten, einer Ladinhaberin durch Vorzeigen von Empfehlungsschreiben aus Lehrer- und sonstigen Beamtenkreisen und durch betrügerische Angaben Federhalter mit sogenannter Dauerfeder im geringen Werte zum Preise von 40 Pfennig aufgefordert. Da anzunehmen ist, daß der Reisende auch weiterhin Ladinhaber schädigen wird, wird vor ihm gewarnt. Von seinem Auftreten wolle dem Landespolizeiamt in Karlsruhe Mitteilung gemacht werden.

Badisches Landestheater. Wie bereits bekannt gegeben, findet am Samstag, den 25. d. M. eine Neueinstudierung der beiden Opernmeister „Die Magd als Herrin“ von Pergolesi und „Susannens Geheimnis“ von Ermanno Wolf-Ferrari statt. Die musikalische Leitung beider Werke hat Kapellmeister Schwegler; sie werden in Szene gesetzt vom Oberregisseur Carl Stang. Die drei Partien in „Magd als Herrin“ sind besetzt mit Frau Bah-Schmann, Herrn Danke und Herrn Reichinger. Die drei Partien in „Susannens Geheimnis“ werden vertreten von Frau Bah-Schmann, Herrn Heuser und Herrn Danke. — Am Sonntag, den 26. d. M. findet die hiesige Erstaufführung von E. A. von Rezniceks zweifaktiger Oper „Solferino“ statt. Das Werk hat bei seiner Uraufführung im vergangenen Jahre am deutschen Opernhaus in Charlottenburg einen durchschlagenden Erfolg erzielt, demzufolge es an mehreren Bühnen zur Annahme gelangte. — Das Lustspiel „Die Ballerina des Königs“ von Rudolf Kreder und Leo Walter Stein geht nach den vorangegangenen drei Aufführungen im Konzerthaus am Mittwoch, den 22. April, zum erstenmal auch im Landestheater in Szene. Am Donnerstag, den 23. April, gelangt Schillers „Wilhelm Tell“ zur Wiederholung. Die Zauberposse „Der hübsche Lumpaculusgambus oder das liberliche Kleblatt“ von Joh. Nepomuk Nestroy wird am Freitag, den 24. April, bereits ihre neunnte Aufführung erleben. Im Konzerthaus wird am Sonntag, den 26. April, der Schwanz „Der wahre Jakob“ von Franz Arnold und Ernst Bach zum drittenmal gegeben. Die nächste Erstaufführung findet am Samstag, den 2. Mai statt, an welchem Tage Bernhard Schaus dramatische Chronik „Die heilige Johanna“ in Szene geht.

Wetterausichten für Dienstag: Langsame Aufbesserung, nur im Gebirge, Saar- und Bodenseegebiet, noch einzelne Regenfälle, etwas wärmer, mäßige nördliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. B. Karlsruhe, 17. April. Im Alter von 84 Jahren verstarb hier der Begründer der bekannten Juwelenfirma Fr. Kahl, Herr Fritz Kahl.

D. B. Freiburg, 17. April. Der große Brand in dem Nebengebäude der ehemaligen Nordkaserne konnte um 12 Uhr mittags als im wesentlichen gelöscht gelten. Das Innere der 30 bis 40 Meter langen Lagerhalle bildet ein wüstes Chaos, aus dem noch unaufhörlich atembeklemmende Rauchschwaden hervorschlagen. Das ganze Gebäude ist innen ausgebrannt. Nur die äußeren Mauern stehen noch. Das Gebäude, das dem Staat gehört und den betroffenen Firmen mit weitest überlassen war, barg in seinem größeren Teil reichliche Vorräte an Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen der Firmen Gottlieb und Buhl, während im kleineren Abschnitt, in dem das Feuer ausbrach, Säcke und Decken lagerten. Der Schaden ist sehr groß. Aber die Entstehung des Brandes liegen bis jetzt nur Vermutungen vor, in denen der Verdacht einer Brandstiftung eine ziemliche Rolle spielt.

D. B. Breisach, 18. April. Die früheren Lagerkeller der vor-naligen Verchbrauerei am hinteren Schloßberg sind durch Kauf in den Besitz einer Gesellschaft übergegangen, die in denselben eine Champagnerkellerei einrichten will. Gleichzeitig wurde weiteres Gelände zur Errichtung einer Schaumwein-fabrik erworben. Das Unternehmen dürfte etwa 30 Personen Beschäftigung bieten.

D. B. Singen a. S., 19. April. Die Nachricht außerbadischer Blätter, daß die beabsichtigte Errichtung des großen Sesselhauses mit Konzerthaus und Theater durch Mangel an Geldmitteln nicht ausgeführt werden könne, entspricht nicht den Tatsachen. Das Gegenteil ist der Fall, denn der Konzerthaus und das Theater werden schon bis zum 25. Mai d. J. fertiggestellt sein. Die Baukosten umfassen einen Raum von 55 plus 25 = 1375 Quadratmeter, so daß circa 3500 Personen in der Festhalle im unteren Raume Platz haben. Dazu kommt eine Galerie, die 1600 Personen faßt. Anlässlich des am 31. Mai 1925 bis 2. Juni d. J. stattfindenden Bodenseegau-Sängerfestes mit Wettspielen findet die Einweihung der Festhalle zum Sesselhaus statt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. April		18. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167,34	167,76	167,51	167,93
Kopenhagen 100 Kr.	77,15	77,35	77,70	77,88
Italien 100 L.	17,205	17,245	17,195	17,235
London 1 Pfd.	20,085	20,135	20,082	20,132
Newport 1 D.	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris 100 Fr.	22,04	22,10	21,98	22,04
Schweiz 100 Fr.	81,10	81,30	81,08	81,28
Wien 100 Schilling	59,085	59,105	59,02	59,04
Prag 100 Kr.	12,427	12,467	12,44	12,48

Zuteilung über 100 Prozent

Bad. Lokalbahnlinien. Die außerordentliche Generalversammlung der Bad. Lokalbahnlinien A.-G. genehmigte die vorgelegte Goldmarkenöffnungsbilanz. Das Aktienkapital wird darnach im Verhältnis 10 : 1 zusammengelegt.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe. In der Aufsichtsrats-sitzung vom 17. April 1925 wurde beschlossen, der auf Montag, den 18. Mai 1925 einuberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent für 1924 vorzuschlagen. Das Werk arbeitet zurzeit mit circa 1800 Angestellten und Arbeitern. Für diese Belegschaft ist volle Beschäftigung auf längere Zeit gesichert.

Verschiedenes

Ein Prinz als Obdachloser

Beim Wohlfahrtsamt in Frankfurt a. M. sprach, nach einer Blättermeldung, ein Prinz von Söhenlohe vor und bat, da er mittel- und obdachlos sei, um eine Unterbringung. Da man den Angaben des Mannes keinen Glauben schenkte, benachrichtigte man die Polizei, die ihn ins Polizeipräsidium brachte, wo er sich tatsächlich als Prinz von Söhenlohe ausweisen konnte.

Mannheim. A.238
Zum Handelsregister A
Band XXI D.-Z. 71, Firma
„E. Bodenheimer &
Co.“ in Mannheim, wurde
am 15. November 1924
eingetragen: Die Gesell-
schaft ist aufgelöst und das
Geschäft mit Aktien und
Bausparien und samt der
Firma auf den Gesellschafter
Kaufmann Emil Boden-
heimer, Mannheim, als
alleinigen Inhaber über-
gegangen, der es unter
der bisherigen Firma weiter-
führt.
Mannheim, 28. Febr. 1925.
Amtsgericht.

Mannheim. A.239.
Zum Handelsregister B
Band V D.-Z. 11, Firma
„D. Madh, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung“ in
Mannheim, wurde heute
eingetragen: Auf Grund
Beschlusses der Gesell-
schafterversammlung vom
29. Januar 1925 ist das
Stammkapital auf 100 000
RM. umgestellt und der
Gesellschaftsvertrag in den
§§ 5 und 11 entsprechend
der eingereichten Nieder-
schrift, auf die Bezug ge-
nommen wird, geändert
worden. Der Geschäftsführer
Kaufmann Rudolf
Brune wohnt jetzt in
Mannheim.
Mannheim, 2. März 1925.
Amtsgericht.

Mannheim. A.240.
Zum Handelsregister B
Band VII D.-Z. 43, Firma
„Ph. Seyfried Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung“ in Mannheim,
wurde heute eingetragen:
Auf Grund Beschlusses der
Gesellschafterversammlung
vom 13. Februar 1925 ist
das Stammkapital auf
100 000 RM. umgestellt u.
der Gesellschaftsvertrag in
§ 2 entsprechend der ein-
gereichten Niederschrift, auf
die Bezug genommen wird,
geändert worden.
Mannheim, 2. März 1925.
Amtsgericht.

Mannheim. A.241.
Zum Handelsregister B
Band IX D.-Z. 24, Firma
„Deutsche Unternehmungs-
finanzgesellschaft mit
beschränkter Haftung“ in
Mannheim, wurde heute
eingetragen: Auf Grund
Beschlusses der Gesell-
schafterversammlung vom 18.
Februar 1925 ist das
Stammkapital von 220 000
Mark auf 40 000 RM. um-
gestellt und der Gesell-
schaftsvertrag entsprechend
der Umstellung und in § 12
nach Maßgabe der ein-
gereichten Niederschrift, auf
die Bezug genommen wird,
geändert worden.
Mannheim, 2. März 1925.
Amtsgericht.

Mannheim. A.242
Zum Handelsregister B
Band XXVII D.-Z. 52,
Firma „Treuhand Kri-
stall Aktiengesellschaft“ in
Mannheim, wurde heute
eingetragen: Auf Grund
Beschlusses der General-
versammlung vom 15. De-
zember 1924 ist das Grund-
kapital von 1 000 000 000
Mark auf 10 000 RM. um-
gestellt und der Gesell-
schaftsvertrag in den §§ 3
und 4 entsprechend der ein-
gereichten Niederschrift,
auf die Bezug genommen
wird, geändert worden. Als
nicht eingetragen wird ver-
öffentlicht: Das Grund-
kapital ist in 100 Aktien zu
je 10 RM. eingeteilt.
Mannheim, 2. März 1925.
Amtsgericht.

Mannheim. A.246.
Zum Handelsregister A
Band XXII D.-Z. 203,
Firma „Wohlgemuth & Co.“,
Mannheim, mit Zweignie-
derlassung in Mainz, wurde
am 31. 1. 1925 einge-
tragen: Dem Hans Ridel,
Frankfurt a. M., und dem
Karl Knorr, Frankfurt a.
M., ist Einzelprokura er-
teilt. Die Prokura des
Karl Knorr ist auf die Nie-
derlassung Mannheim be-
schränkt.
Mannheim, 3. März 1925.
Amtsgericht.

Neckbach. A.468
In das Handelsregister
A Band I wurde einge-
tragen: D.-Z. 187: Sprick-
ler & Kipple in Schwai-
ningen. Angegebener Be-

schäftszweig: Fabrication
von Stahlfedermatrizen u.
Polstermöbel. Der Sitz der
Firma ist Schweningen
(Baden). Zur Vertretung
der Gesellschaft ist nur der
Teilhaber Friedrich Sprick-
ler ermächtigt.
Neckbach, 4. April 1925.
Bad. Amtsgericht.

Neckarbischofsheim. A.431
Handelsregister eintrag
Band I D.-Z. 103: Firma
Karl & Ludwig Ziegler,
Eichelbronn. Offene Han-
delsgesellschaft. Beginn:
1. Januar 1925. Persön-
lich haftende Gesellschafter
Karl Ziegler und Ludwig
Ziegler, beide Müller in
Eichelbronn.
Neckarbischofsheim.
den 7. April 1925.
Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.

Offenburg. A.432
In das Handelsregister
B Band I D.-Z. 60 wurde
bei der Firma Wadenia
G. m. b. H., Fabrik elek-
trotechnischer Spezialartik-
el in Schuttenwald einge-
tragen: Die Firma ist von
amtswegen gelöscht.
Offenburg, 7. April 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Offenburg. A.433
In das Handelsregister
A Bd. I D.-Z. 50 bei Fa.
R. Martin in Offenburg
wurde eingetragen: Oskar
Meier, Oberingenieur in
Offenburg, ist Prokura er-
teilt.
Offenburg, 10. April 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Offenburg. A.438
Zum Handelsregister B
Band I D.-Z. 56 wurde
bei Firma Eduard Armer,
Gänseleberpastetenfabrik
Offenburg G. m. b. H. in
Offenburg eingetragen:
Durch Beschluß der Gene-
ralversammlung vom 6. 3.
1925 wurde das Stamm-
kapital von 150 000 M. auf
15 000 M.-M. umgestellt u.
die §§ 5 und 6iffer 1
Abf. 2 sowie § 12 (Nieder-
schrift) des Gesellschaftsver-
trages abgeändert. Die
Umstellung ist vollzogen.
Offenburg, 10. April 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Forstheim. A.206
Handelsregister einträge.
1. Firma „Intra“ Ex-
peditiousbüro für interna-
tionale Transporte, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Forstheim.
Durch Gesellschafter-
beschl. vom 17. Februar
1925 ist die Gesellschaft
aufgelöst. Der bisherige
Geschäftsführer Rudolf
Wessinger ist Liquidator.
2. Firma Vanhütte
Forstheim Gesellschaft mit
beschränkter Haftung in
Forstheim. Die Gesell-
schaft ist eine gemein-
nützige Vaugesellschaft
und bezweckt die Ausfüh-
rung von Bauarbeiten
jeder Art und die Über-
nahme ganzer Bauauf-
träge auf Bestellung, die
vorzugsweise den Zwecken
der Kleinwohnungsfür-
sorge, zur Förderung der
minderbemittelten Volks-
freize durch Verbilligung
der Bauweise dienen so-
wie die Übernahme von
und die Beteiligung an
Betrieben, die mit der
Durchführung dieses
Zweckes in Verbindung
stehen. Die Gesellschaft
soll sich die Befämpfung
der Wohnungsnot, die
Förderung der Wohnungs-
kultur und die Förderung
des Baugewerbes nach
den vom Bauhüttenbe-
triebsverband für Baden
und die Palz Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
aufgestellten Richtlinien
und Grundsätzen zum
Ziel setzen. Insbesondere
soll dieses Ziel durch Er-
probung und Verwirkli-
chung der verschiede-
nen Bauweisen und Ar-
beitsarten, durch plan-
mäßige Ausbildung der
beruflichen Fähigkeiten
und durch Hebung der
Arbeitsfreudigkeit ihrer
Angestellten und Arbeiter
zu erreichen streben. Maß-
gebend soll der Grundsatz
sein, für die Allgemein-
heit möglichst billige und
gute Bauten als Treuhän-
der Auftraggeber zu er-
stellen. Die Gesellschaft
beschränkt sich gemäß dem
Gesellschaftsvertrag auf
eine ausschließlich gemein-

nützige Tätigkeit; diese
soll aber nach lauffähigen
Grundsätzen, insbeson-
dere dem Grundsatz
der Wirtschaftlichkeit ge-
führt werden und auf
eine angemessene (für ge-
meinnützige Unternehmen
zugelassene) Vergrößerung
des Gesellschaftskapitals
Bedacht nehmen. Die Ge-
sellschaft ist zur Vor-
nahme aller mit dem an-
gegebenen Zwecke oder
Zweckgegenstand mittelbar
in Verbindung stehenden
Hilfs- und Nebengeschäfte
befugt. Das Stammkapital
beträgt 8000 Reichs-
mark. Als Geschäftsführer
sind bestellt: Gustav Gar-
mann, Architekt, und
Heinrich Sauter, Maurer
in Forstheim. Dem Kauf-
mann Erich Diebel in
Forstheim ist in der
Besize Prokura erteilt, daß
er gemeinschaftlich mit
einem Geschäftsführer die
Firma repräsentiert. Der
Gesellschaftsvertrag dieser
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung ist am 5. Janu-
ar 1925 fehmgestellt.
Beim Vorhandensein
mehrerer Geschäftsführer
erfolgt die Vertretung
durch zwei Geschäftsführer
in Gemein- oder durch einen Ge-
sellschaftsführer mit einem Prokuristen.
Die öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen
in der sozialen Bauwirtschaft
und in dem Reichs-
anzeiger in Berlin. Die
Gesellschafterin Firma
Bauhüttenbetriebsverband
für Baden und die Palz,
G. m. b. H. in Karlsruhe,
bringt als Sachanlage in
dem Reichsanzeiger im Wert
von 5000 Reichsmark, wel-
che Gesellschaft ein: Ge-
genstände laut vorliegen-
de von der Gesellschaft in
dieser Höhe übernommen
werden.

3. Firma Rudi u. Wie-
nenberger, Aktiengesell-
schaft für Bijouterie- und
Kettensfabrikation, Forst-
heim. Durch Generalver-
sammlungsbeschl. vom
26. Februar 1925 wurde
das Grundkapital im
Betrag der Umstellung auf
1 625 000 Reichsmark er-
höht. Die Ermäßigung
ist durchgeföhrt und der
Gesellschaftsvertrag der
Umstellung entsprechend in
den §§ 4 und 24 Grund-
kapital, Einteilung und
Verteilung des Aufsichtsrats
abgeändert. Das
Grundkapital ist in 3125
Anteile zu je 200
Reichsmark eingeteilt.
Amtsgericht Forstheim.

Forstheim. A.216
Handelsregister einträge.
1. Firma Rudolf Stig in
Forstheim. Kaiser-Fried-
rich-Str. 34: Die Gesell-
schaft ist aufgelöst und die
Firma ist erloschen.
2. Firma Automobilhan-
delsgesellschaft Schmelz
& Co. in Forstheim, im Tal
1. Offene Handelsge-
sellschaft seit 1. März 1925.
Persönlich haftende Gesell-
schafter sind die Kaufleute
Herbert Schmelz und Gu-
stav Vetter in Forstheim.
Der Geschäftsführer Vetter
ist von der Vertretung der
Gesellschaft ausgeschlossen.
(Angegebener Geschäfts-
zweig: Handel von Mo-
torfahrzeugen, Fahrrä-
dern, Ersatz- und Zubehör-
teilen.)

3. Firma Louis Kuppen-
heim in Forstheim: Die
Gesellschaft ist aufgelöst.
Das Geschäft nebst der
Firma ging mit Forderungen
und Verbindlichkeiten
auf die Firma Louis Kuppen-
heim Aktiengesellschaft
über.

4. Firma Habermehl &
Dietrich in Forstheim,
Goethestr. 10: Dem bishe-
rigen Gesamtprokuristen
Eugen Pfeil und dem Ma-
jor a. D. Otto Welter in
Forstheim ist je Einzel-
prokura erteilt.
5. Firma Gebr. Heil-
bron in Forstheim, Dill-
weiner Str. 3a: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Gesellschafter
Erwin Heilbron ist alleini-
ger Inhaber der Firma.
6. Firma Friedrich Pfeil
& Co. in Forstheim, Ge-
nossenschaftstr. 32: Aus
der Gesellschaft ist Ariste
Duguenin ausgeschieden.
7. Firma Marti-Droge-
rie, Dr. August Osterma-
ier in Forstheim: Dem
Druggist Leopold Günther
in Forstheim ist Prokura
erteilt.

8. Firma Emil Roth-
schild in Forstheim, Dur-
lacher Str. 67: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Der
bisherige Gesellschafter
Emil Rothschild ist alleini-
ger Inhaber der Firma.
Amtsgericht Forstheim.

Philippsthal. A.469
Zum Handelsregister B
Band I D.-Z. 6, Firma
Steinwerke Philippsthal
Aktiengesellschaft in Phi-
lippsthal wurde heute ein-
getragen: Durch Beschluß
der Generalversammlung
vom 29. November 1924 ist
das Stammkapital auf 5
M. 55 000 umgestellt u.
der Gesellschaftsvertrag in
§ 4 Abs. 1, § 9 Satz 2
Ziff. 5 und 6 und § 10
(Höhe des Grundkapitals,
Zuständigkeit des Vorstan-
des und Vergütung des
Aufsichtsrats) entsprechend
der eingereichten Nieder-
schrift, auf die Bezug ge-
nommen wird, geändert
worden. Als nicht einge-
tragen wird veröffentlicht:
Das Grundkapital ist in
2500 Stammaktien u. 250
Vorausaktien zu je 20
M. eingeteilt.
Philippsthal, 17. Apr. 25.
Amtsgericht.

Radolfzell. A.458
Handelsregister B Bd. II
D.-Z. 3 Bodensee - Ver-
wertungs - Aktiengesell-
schaft in Radolfzell. Durch
Generalversammlungsbe-
schluß vom 23. März 1925
ist die Gesellschaft aufge-
löst. Die bisherigen Vor-
standsmitglieder sind die
Liquidatoren.
Radolfzell, 14. April 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. A.470
Handelsregister B Bd. I
D.-Z. 47 Firma Süddeut-
sche Fahrradteilefabrik G.
m. b. H. in Singen. Durch
Beschl. der Gesellschafter-
versammlung vom 27.
Januar 1925 ist der Ge-
sellschaftsvertrag geändert.
Das Stammkapital beträgt
45 000 M.-Mark.
Radolfzell, 16. April 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. A.471
Handelsregister B II
D.-Z. 2 Radolfzwerke A.
G., Radolfzell. Durch Be-
schluß der Generalver-
sammlung vom 23. Okto-
ber 24 und 2. März 25 ist
das Statut geändert. Das
Grundkapital beträgt nach
Umstellung und gleichzeiti-
ger Erhöhung jetzt A.-M.
250 000 und ist eingeteilt
in 2500 Stück auf den Na-
men lautende Aktien zu
100 Mark.
Radolfzell, 16. April 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. A.472
Handelsregister B II
D.-Z. 73 Firma Transi-
t-Transportgesellschaft m. b.
H. in Singen a. S. Durch
Gesellschafterbeschl. vom
13. März 1925 ist das
Stammkapital auf 4900
M.-M. umgestellt.
Radolfzell, 15. April 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. A.473
Handelsregister B Bd. II
D.-Z. 12. Firma Rosa
Grünwald & Co., Gesell-
schaft mit beschränkter Ha-
ftung, Leipzig - Zweignie-
derlassung in Singen -
Hohentwiel. Gegenstand
des Unternehmens ist der
Betrieb von Schreib- u.
Viro - Maschinen, Mo-
tor - Möbeln, Virobedarf,
sowie technischen Artikeln
aller Art. Die Gesell-
schaft ist auch befugt,
gleichartige oder ähnliche
Unternehmungen zu grün-
den, zu erwerben oder sich
an solchen Unternehmungen
zu beteiligen. Stamm-
kapital: 100 000 M.-Mark.
Geschäftsführer: Emannel
Grünwald, Kaufmann in
Leipzig; Georg Fabig,
Kaufmann in Berlin -
Charlottenburg. Der Ge-
sellschaftsvertrag ist erri-
chtet am 19. Januar 1922
und geändert am 14. Juli
1924, 21. Oktober 1924, 11.
Dezember 1924. Sind
mehrere Geschäftsführer
bestellt, so ist jeder von
ihnen allein zur Vertre-
tung der Gesellschaft be-
rechtigt.
Radolfzell, 15. April 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Radolfzell. A.456
Handelsregister eintrag
B Band II D.-Z. 14: Jo-
hann Wessels Schuhfabrik
mit beschränkter Haftung
in Radolfzell. Gemäß dem
Beschlusse der Gesellschafter-
versammlung vom 23.
März 25 ist das Stam-
kapital von 500 000 M.-M.
auf 6000 Reichsmark um-
gestellt und der Gesell-
schaftsvertrag in § 4 Ab-
satz 1 entsprechend der ein-
gereichten Niederschrift,
auf welche Bezug genom-
men wird, geändert. -
Die Prokura des Josef
Frisch ist erloschen.
Radolfzell, 6. April 1925.
Amtsgericht.

Radolfzell. A.457
Handelsregister eintrag
B Band I D.-Z. 36: Fir-
ma Rastatter Konferen-
zfabrik G. m. b. H. in Ra-
statt. Die Liquidation ist
beendet, die Firma ist er-
loschen.
Radolfzell, 8. April 1925.
Amtsgericht.

Radolfzell. A.474
Handelsregister eintrag:
Firma Theodor Zipp, Ra-
statt: Prokura Trunk, Ra-
statt, erloschen.
Radolfzell, 18. Febr. 1925.
Amtsgericht.

Schönau i. B. A.459
Handelsregister eintrag
B Band I zu D.-Z. 8
(Elektrizitätswerk Zell A.
G. in Zell): Heinrich Hel-
lenbroich in Südde ist
aus dem Vorstand ausge-
schieden; statt seiner ist
Kaufmann Fris Korge in
Berlin - Friedenau, als
Vorstandsmitglied bestellt.
Die Prokura des Fris Korge
ist erloschen.
Schönau i. B., 7. Apr. 1925
Bad. Amtsgericht.

Schopfheim. A.475
Handelsregister eintrag
B D.-Z. 18 "Oberbadische
Wohnungsbau-Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
in Schopfheim".
Durch Beschluß der Ge-
sellschafterversammlung v.
30. März 1925 ist das
Stammkapital auf 570 M.-
Mark umgestellt und dem-
entsprechend der § 3 des
Gesellschaftsvertrages ge-
ändert worden.
Schopfheim, 13. April 1925
Bad. Amtsgericht.

Schopfheim. A.476
In unfer Genossen-
schaftsregister wurde bei
der unter D.-Z. 18 ein-
getragenen Genossenschaft
"Rändlicher Kreditverein
Münzeln, eingetragene Ge-
nossenschaft mit unbeschränkter
Haftung" eingetragen:
daß die Genossenschaft
durch Beschluß des Amts-
gerichts Schopfheim vom
28. März 1925 gemäß § 50
G. G. aufgelöst worden ist
und daß der Auflösungs-
beschl. mit Ablauf des
14. April 1925 die Rechts-
kraft erlangt hat. Als Li-
quidatoren sind die bishe-
rigen Vorstandsmitglieder
Arnold Siebold, Bürger-
meister und Reinhold
Lübbelshaus, Glaser, beide
in Münzeln bestellt.
Schopfheim, 17. April 1925.
Bad. Amtsgericht.

Schwellingen. A.424
Handelsregister eintrag
Abt. A Band I zu D.-Z.
40: Leopold Häfner,
Schwellingen. - Der
Wohnsitz des Hans Mich-
ael ist Heidelberg. Dem
Kaufmann Dr. Emil
Maurer in Heidelberg ist
Prokura erteilt.
Schwellingen, 9. Apr. 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Triberg. A.360
Handelsregister eintrag
B Band I D.-Z. 6 - Elek-
trizitätsgesellschaft Triberg
m. b. H., Triberg. -
Durch Beschluß der Ge-
sellschafterversammlung
vom 24. März 1925 ist das
Stammkapital auf 100 000
Reichsmark festgesetzt. Die
Umstellung ist durchge-
führt. § 5 des Gesell-
schaftsvertrages ist ent-
sprechend geändert. Die §§
6, 21 Abs. 1 sind ebenfalls
geändert, auf die Nieder-
schrift wird Bezug genom-
men.
Triberg, 3. April 1925.
Badisches Amtsgericht.

Triberg. A.459
Handelsregister eintrag
Band II D.-Z. 96: Fir-
ma Wuisson, Schneider &
Co., Triberg. Persönlich
haftende Gesellschafter der
am 1. d. M. begonnenen
offenen Handelsgesellschaft
sind: Privat Eugen Wuis-

son, Kaufmann Heinrich
Schneider, Mechaniker-
meister Franz Zaver Hoch und
Werkzeugmacher Karl
Klausmann, alle hier. Zur
Vertretung der Gesellschaft
sind nur Eugen Wuisson u.
Heinrich Schneider er-
mächtigt. Geschäftszweig:
Spezialverfäbriß für Au-
to-Reparaturen usw.
Triberg, 14. April 1925.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgericht.

Willingen. A.434
Zus Handelsregister Abt.
B Band I D.-Z. 25 wurde
zur Firma Schwarzwälder
Elektrizitätsgesellschaft mit
beschränkter Haftung in
Willingen eingetragen:
In der Gesellschafterver-
sammlung vom 12. März
1925 wurde das Stamm-
kapital auf 100 000 M.-M.
umgestellt und der § 4 des
Gesellschaftsvertrages ge-
ändert.
Willingen, 30. März 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Willingen. A.435
Zu D.-Z. 60 des Han-
delsregisters Abt. B Fir-
ma Christliches Erholungs-
heim Tannenöf Gesell-
schaft mit beschränkter Ha-
ftung in Königsfeld wurde
heute eingetragen:
In der Gesellschafterver-
sammlung vom 12. De-
zember 1924 wurde das
Stammkapital auf 500
Reichsmark umgestellt und
es wurden die §§ 4, 9 und
13 des Gesellschaftsvertra-
ges geändert.
Willingen, 3. April 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Willingen. A.436
Unter D.-Z. 55 des Han-
delsregisters A Band II
wurde heute eingetragen:
Firma Martin Bergmei-
ster, Ulrich Eggert und
Juppert, Phototechnische Fa-
brik in Willingen (Baden).
Inhaber der Firma ist
Martin Bergmeister, Fa-
brizant in Willingen.
Willingen, 2. April 1925.
Bad. Amtsgericht.
Der Gerichtsschreiber.

Willingen. A.477
Zus Vereinsregister Bd.
I D.-Z. 46 wurde einge-
tragen: Arbeiterportalfabrik
Heidelberg in Heidelberg.
Bruchsal, 25. März 1925.
Bad. Amtsgericht.

Gengenbach. A.438
Vereinsregister Bd. I
D.-Z. 20 Krankenverein
Unterharmersbach in Un-
terharmersbach.
Gengenbach, 7. April 1925.
Amtsgericht.

Bruchsal. A.477
Zus Vereinsregister Bd.
I D.-Z. 46 wurde einge-
tragen: Arbeiterportalfabrik
Heidelberg in Heidelberg.
Bruchsal, 25. März 1925.
Bad. Amtsgericht.

Gengenbach. A.438
Vereinsregister Bd. I
D.-Z. 20 Krankenverein
Unterharmersbach in Un-
terharmersbach.
Gengenbach, 7. April 1925.
Amtsgericht.

Triberg. A.459
Handelsregister eintrag
Band II D.-Z. 96: Fir-
ma Wuisson, Schneider &
Co., Triberg. Persönlich
haftende Gesellschafter der
am 1. d. M. begonnenen
offenen Handelsgesellschaft
sind: Privat Eugen Wuis-

son, Kaufmann Heinrich
Schneider, Mechaniker-
meister Franz Zaver Hoch und
Werkzeugmacher Karl
Klausmann, alle hier. Zur
Vertretung der Gesellschaft
sind nur Eugen Wuisson u.
Heinrich Schneider er-
mächtigt. Geschäftszweig:
Spezialverfäbriß für Au-
to-Reparaturen usw.
Triberg, 14. April 1925.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgericht.

Willingen. A.434
Zus Handelsregister Abt.
B Band I D.-Z. 25 wurde
zur Firma Schwarzwälder
Elektrizitätsgesellschaft mit
beschränkter Haftung in
Willingen eingetragen:
In der Gesellschafterver-
sammlung vom 12. März
1925 wurde das Stamm-
kapital auf 100 000 M.-M.
umgestellt und der § 4 des
Gesellschaftsvertrages ge-
ändert.
Willingen, 30. März 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Willingen. A.435
Zu D.-Z. 60 des Han-
delsregisters Abt. B Fir-
ma Christliches Erholungs-
heim Tannenöf Gesell-
schaft mit beschränkter Ha-
ftung in Königsfeld wurde
heute eingetragen:
In der Gesellschafterver-
sammlung vom 12. De-
zember 1924 wurde das
Stammkapital auf 500
Reichsmark umgestellt und
es wurden die §§ 4, 9 und
13 des Gesellschaftsvertra-
ges geändert.
Willingen, 3. April 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Willingen. A.436
Unter D.-Z. 55 des Han-
delsregisters A Band II
wurde heute eingetragen:
Firma Martin Bergmei-
ster, Ulrich Eggert und
Juppert, Phototechnische Fa-
brik in Willingen (Baden).
Inhaber der Firma ist
Martin Bergmeister, Fa-
brizant in Willingen.
Willingen, 2. April 1925.
Bad. Amtsgericht.
Der Gerichtsschreiber.

Bruchsal. A.477
Zus Vereinsregister Bd.
I D.-Z. 46 wurde einge-
tragen: Arbeiterportalfabrik
Heidelberg in Heidelberg.
Bruchsal, 25. März 1925.
Bad. Amtsgericht.

Gengenbach. A.438
Vereinsregister Bd. I
D.-Z. 20 Krankenverein
Unterharmersbach in Un-
terharmersbach.
Gengenbach, 7. April 1925.
Amtsgericht.



Wir empfehlen uns für die Eröffnung von
Depositenkonten bei günstiger Verzinsung.
Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe
mit Depositenkasse am Bahnhofsplatz und Niederlassung in Mühlburg.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Violetta
(La Traviata)
Oper in 4 Akten nach dem
Italienischen des F. R. Piave.
Musik von G. Verdi
Musikal. Leitung: A. Lorenz
In Szene gef. von H. Buschard
Personen:
Violetta Valery v. Ernst a. G.
Flora Bervoio Jochisch
Annina Burkart
Alfred Belmont Kuntzig
Georg Belmont Heuler
Baron Douphol Buffard
Marquis v. Digny Gschäner
Doktor Grenvil Lanber
Josef Kalmach
Diener d. Flora Blachinski
Ein Kommisar Kilian
Anfang 7 1/2
Preise: Sperrst. I. Abt. 7 M.